

Ewald Keßler

Gemeinschaftsschule oder Konfessionsschule.

Die Abstimmung für die Gemeinschaftsschule 1869 in Heidelberg

Das Großherzogtum Baden war im Jahrzehnt nach der Revolution von 1848 dabei, sich zum „Reaktionsstaat par excellence“ zu entwickeln.¹ Die Wende zum „liberalen Musterländle“ zeigte sich aber 1859, als das Parlament die Konvention mit der römischen Kurie ablehnte. Die Erinnerung an die Reformversuche des letzten ordentlich gewählten Bischofs des aufgelösten Bistums Konstanz, Ignaz Heinrich von Wessenberg², war immer noch lebendig. Konfessionsübergreifend lehnten liberale Protestanten, Katholiken und Juden 1859 das Konkordat, das die bisherige Regierung mit dem römischen Papst verhandelt hatte, ab. Die neue von Großherzog Friedrich berufene Regierung ordnete das Verhältnis von Kirche und Staat neu. Sie stellte das gesamte Schulwesen unter staatliche Aufsicht. Damit wurde die Aufsicht der Ortspfarrer über die örtlichen Volksschulen beendet. Dagegen opponierte vor allem der katholische Klerus, an der Spitze der Freiburger Erzbischof. Auseinandersetzungen, ausgetragen in Zeitungsartikeln, Flugblättern, Eingaben, Versammlungen, nicht zuletzt in Predigten und Hirtenbriefen, waren auch in Heidelberg die Folge.

I. Das Schulgesetz von 1864

a) Neuregelung des Unterrichtswesens und ultramontaner Widerstand

Mit Verordnung vom 12. August 1862 wurden die bisher konfessionellen Schulbehörden durch den Badischen Oberschulrat für Mittel- und Volksschulen ersetzt. Des dessen Leiter war seit 9. August 1862 der Freiburger Ökonomie-Professor Carl Knies³. Seine Beförderung zum Professor am Polytechnikum in Kassel hatte sich ein Jahrzehnt zuvor zerschlagen, weil er keine Erklärung abgeben wollte, dass er nichts gegen das hessische Ministerium Hassenpflug⁴ vortragen wolle. Damit hatte er sich als kämpferischer Liberaler ausgewiesen, ein „unbeugsamer Anti-Ultramontaner“⁵. Auf ihn geht das Schulgesetz von 1864 zurück, in dem die Aufsicht über den Unterricht vom Staat übernommen wurde.⁶ Dagegen organisierte sich der Widerstand der katholischen Geistlichkeit⁷ und ihrer Gefolgsleute. Der Heidelberger Kaufmann Jakob Lindau⁸ fand, es sei ein „colossaler Mißgriff“ gewesen,

„den Hrn. Knies an die Spitze des gesammten Schulwesens zu stellen – einen Mann, der erst vor wenigen Jahren in Baden eingewandert und mit dem Schulwesen, wie mit den Persönlichkeiten ganz unbekannt war, einen Mann, der nicht einmal in dem Fache der Pädagogik sich bewegt, sondern als Professor der Nationalöconomie docirt hatte, einen Mann, der in den Ländern seines früheren Aufenthalts nur die einseitigen Verhältnisse des Protestantismus zur Schule kennen zu lernen Gelegenheit hatte.“⁹

Lindau gründete die katholische Casinobewegung¹⁰ und gab ab 1865 den „Pfälzer Bote für Stadt und Land“ heraus. Zur Tendenz seiner Zeitung schrieb er, er habe niemals eine konservative Haltung eingenommen,

„weil er überhaupt nicht weiß, was an unsern Zuständen noch zu conserviren ist. Der Pfälzer Bote will die vollständige Trennung von Staat und Kirche, da in dieser Ehe doch nichts als Streit und Zank möglich ist, er hat also selbst vom kirchlichen Standpunkt nicht nöthig, sich für staatlich conservative Prinzipien sich zu erhitzen, überläßt vielmehr diese Aufgabe denen, die nur in Anlehnung an den monarchischen Staat zu existiren vermögen und eines gekrönten weltlichen Bischofs mit der Fülle der staatlichen Macht bedürfen, um ihr kirchliches Dasein fristen zu können.“¹¹

b) Haltung der Liberalen

Der klerikalen Propaganda stellten sich liberale Katholiken und Politiker mit Versammlungen, Kundgebungen und in Zeitungen entgegen. Schon am 5. März 1865 wurde auf Beschluss der „engeren Gemeindeglieder“ in Heidelberg „eine allgemeine Versammlung sämtlicher hiesiger Staatsbürger aller Konfessionen“ angeregt, auf der neben Oberbürgermeister Krausmann¹² und dem führenden Protestanten J. C. Bluntschli¹³ auch die Juristen K.T. Welcker¹⁴ und C.J.A. Mittermaier¹⁵ sprachen.¹⁶ Im Juni 1866 wurde die bisher preußenfreundliche badische Regierung auf der Seite Österreichs in den Krieg gegen Preußen hineingezogen. Groß war dann der Katzenjammer nach der Niederlage Österreichs. Lindau urteilte im April 1869:

„Bis 1860 Ruhe und Frieden im Lande. Es kam dann eine Partei an's Ruder, welche diesen Frieden störte. Man lebt jetzt in erbittertem Kampfe. Anfangs zeigte man den Bocksfuß nicht vollständig, man ging, in der Schulsache besonders, Schritt für Schritt. Man machte zuerst die Oberschulbehörde confessionslos. Das Volk protestirte, aber man fragte nicht mehr nach den Eltern, und diese haben in gewissem Sinn kein Recht mehr, über die Art und Weise der Erziehung ihrer Kinder zu wachen. Der Staat ist der Erzieher, der ‚Staat‘ ist aber die jeweils herrschende Partei, wir haben demnach also nur mehr Parteischulen.“¹⁷

II. Das Schulgesetz von 1868 zur Errichtung von Gemeinschaftsschulen

a) Erste Stellungnahmen

Nachdem die Wahlen zu den neuen, immer noch konfessionellen Ortsschulräten trotz des erbitterten Widerstands des Freiburger Erzbischofs¹⁸ und seiner Anhänger einigermaßen erfolgreich über die Bühne gegangen waren – gut ein Viertel der Katholiken, über ein Drittel der Protestanten und die Hälfte der Juden hatten gewählt¹⁹ – wagte die Regierung mit dem Gesetz vom 8. März 1868 die Fortschreibung des Schulgesetzes²⁰ und regelte die Umwandlung der Konfessionsschulen in Gemeinschaftsschulen. Das „Gesetz den Elementarunterricht betreffend“ erschien im Regierungsblatt Nr. 15, datiert vom 12. März, am 13. März 1868 zusammen mit einer Verordnung über die Bestimmung des Einführungstages des Gesetzes. Schon als das Gesetz beraten wurde, hatte der Pfälzer Bote in seinem Leitartikel zum neuen

Jahr festgestellt: „Niemand täusche sich: das neue Schulgesetz, wie alle andern Maßregeln, die sich daran reihen, haben den Frieden, den wir beim Jahresschlusse so gern begrüßt hätten, in die weite Ferne gerückt, – sie haben ihn unmöglich gemacht.“²¹

Die liberale Heidelberger Zeitung griff Lindau scharf an und sprach ihm das Recht ab, für das christliche Volk zu sprechen:

„Karlsruhe, 15. März. Das Volksschulgesetz tritt als solches mit dem Heutigen in Wirksamkeit. [...] Bekanntlich hat Jakob Lindau, der große Volkslenker, nach der fast einstimmigen Annahme des Schulgesetzes in der zweiten Kammer, sich berufen gehalten, mit erhöhtem Tone, im Namen seines Wahlbezirks und in dem des christlichen Volkes überhaupt Protest gegen unsere Schulreform zu erheben, die eine unchristliche sei, weil sie die Schule als das erklärte, was sie im Grunde stets war und auch jetzt ist nämlich eine erste und gewichtigste Aufgabe der Gemeinden, über die wie über alle Gemeindesachen der Staat die oberste Aufsicht und Leitung führt. [...] Denn was hat ein christliches Volk mit dem jesuitisch-römischen Ultramontanismus gemein? Denn Herr Lindau hat eigentlich nur, wie immer, als Delegierter der ultramontanen Partei und eines kirchlichen Regiments gesprochen, das ganz und gar jener Faktion verfallen ist.“²²

Erzbischof Vikari protestierte am 18. März gegen die

„geschehene Verletzung der kirchlichen Rechte an der Erziehung und Heranbildung der katholischen Jugend, gegen die dadurch bewirkte Beeinträchtigung der geistigen Entwicklung, der Religions- und Unterrichtsfreiheit und gegen die Verwendung der katholischen Schulen und Schulfonds zu Staatsanstalten, welche dem katholischen Einflusse entfremdet sind.“²³

Ministerpräsident Jolly²⁴ widersprach dieser Auffassung und stellte am 23. März 1868 fest, das Gesetz „unterstellt den Religionsunterricht durchaus der Leitung der Kirchen und schließt dieselben so wenig von der Einwirkung auf die Volksschulen aus, daß es den Ortspfarrer zum gesetzlichen Mitglied der lokalen Schulbehörde erklärt.“²⁵ In einer Versammlung des Protestantenvereins in Heidelberg wurde am 18. März 1868 als These beschlossen, dass der Verein „kein politisches Mandat“ habe. So sei ein Bündnis der „Protestpartei“ innerhalb der evangelischen Kirche „mit den Ultramontanen unter allen Umständen [...] sittlich verwerflich, von protestantischer Seite aber auch noch für eine Verletzung der Grundsätze des Protestantismus“ zu werten.²⁶

Auf der Generalversammlung der kath. Vereine Deutschlands in Düsseldorf am 9. September 1869 hielt Jakob Lindau eine Rede zur Schulfrage und verurteilte den badischen Oberschulrat. Daraufhin wurde als VII. Resolution beschlossen:

„Die Generalversammlung erklärt die Errichtung confessionsloser Schulen für einen Angriff auf die Rechte der Kirche und aller Confessionen, für einen Angriff auf das natürliche und christliche Recht der Familie, für einen Angriff auf die Freiheit des Gewissens. Sie erblickt in derselben den größten Schaden für jegliche, vor allem der religiösen Erziehung. Sie erkennt es deshalb für eine Pflicht eines jeden Katholiken, der Einführung solcher Schulen mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten.“²⁷

b) Kreisversammlungswahlen – F.A. Beck

Eine Gelegenheit zum Kampf gegen die Regierung hatten die Kreisversammlungswahlen am 4. September 1865 geboten. Der Erzbischof hatte einen Hirtenbrief un-

ter dem Titel „Aufgebot an alle römisch-katholischen Männer in Baden“ verfasst. Dagegen hatte der Amtsrichter Franz August Beck aus Walldürn²⁸ am 1. September 1865 ein „Aufgebot an alle katholischen (nicht ultramontanen) Männer Badens“ veröffentlicht,²⁹ woraufhin sich erste „altkatholische“ Vereine bildeten. Anfang April 1868 erschien in der „Badischen Landeszeitung“ die Meldung, „Geh. Hofrat“ Beck sei Protestant geworden. Darauf schrieb der Pfälzer Bote, der den Geheimrat Josef Beck mit dem Amtsrichter F.A. Beck verwechselte, auf der Titelseite:

„Aus der Badischen Landeszeitung ersehen wir heute, daß Geh. Hofrat Beck, Vater der selig entschlafenen ‚altkatholischen Bewegung‘³⁰, zur protestantischen Kirche übergetreten ist. Die alte Base³¹ traut uns zu, wir würden in Versen und Prosa dieses Ereigniß feiern. In dessen sind wir sehr weit davon entfernt, denn wir freuen uns aufrichtig, daß Altvater Beck endlich das unwürdige Spiel mit dem von ihm erfundenen Altkatholicismus aufgegeben und offen die Farbe bekannt hat, der er innerlich stets zugethan war. Die Landesbase hat uns bei allen Gelegenheiten stets versichert, daß Herr Beck ein vortrefflicher Katholik sei, der nur die Ansicht habe, den Ultramontanismus vom Katholicismus abzustreifen, damit der reine, wahre Katholicismus zum Vorschein komme, sie war sogar wüthend, wenn wir einen Zweifel an Beck's Katholicität zu setzen wagten und ihn zu den Protestanten rechneten. Herr Beck ist jetzt protestantisch geworden und dadurch erledigt sich der Streit über ihn von selbst; für jeden Denkenden wird aber auch vollends der letzte Zweifel schwinden, was unter dem von antikatholischer Seite angepriesenen ‚Altkatholicismus‘ zu verstehen ist. Man blicke auf Beck – und damit ist alles gesagt.“³²

Nach dem Tod von Erzbischof Vikari am 14. April 1868 wurde Weihbischof Lothar von Kübel³³ Bistumsverweser. Auf ihn, der von J. B. Hirscher³⁴ gefördert worden war, setzten die Liberalen die Hoffnung,

„daß er die große Anforderung, die sein Heimathsland an ihn macht, wohl erwägen werde, wir erwarten von seiner Einsicht und innern Unbefangenheit, daß man kirchlicher Seits auf dem bisherigen bloßen Dornenwege nicht fortschreiten dürfe, ohne die heiligsten Interessen des religiösen Lebens selbst in Frage zu ziehen, und daß ein Einlenken und eine Umkehr in jene kirchlichen Bahnen, wie sie ein Sailer³⁵, v. Wessenberg, Hirscher u.a. einschlugen und empfahlen, dem Staate wie der Kirche, dem Volke wie der Geistlichkeit allein zum Heile und Gedeihen dienen können.“³⁶

Diese Hoffnungen wurden enttäuscht.

c) Ultramontane Kritik

Zum neuen Schulgesetz steht am 6. Juni 1868 im Pfälzer Boten ein Leitartikel unter dem Titel „Der Bischof und der Minister des Friedens“³⁷, der festgestellt:

„Der Staat ist von der Kirche getrennt [...] das öffentliche Leben, die Ehe, die Familie, die Erziehung soll [...] ausschließlich vom Staate beherrscht werden. [...] Die katholischen Eltern sollen ihre Kinder in Schulen senden, welche lediglich unter der Regierung stehen und dem Einflusse der Kirche entzogen sind und als Preis für dieses ‚edle Recht‘ erhöhte Schulsteuern zahlen und obendrein noch den Ausfall an der Besoldung der Messner und Organisten³⁸ decken.“

Noch konkreter ist eine Korrespondenz aus Bruchsal vom 12. Juli 1868, in der es heißt, in §§ 10 und 11 des neuen Schulgesetzes könne man nur das Gegenteil von „Glaubens- und Überzeugungsfreiheit“ erblicken. Die beiden Paragraphen

„gestatten, daß in einer Gemeinde mit mehreren getrennten confessionellen Schulen, diese auf den Antrag des Gemeinderathes oder eines der betreffenden Ortsschulräthe in eine oder mehrere gemeinschaftliche oder gemischte Schulen vereinigt werden können, wenn die einfache Mehrheit der Confessionsgemeinden darüber einig wird.“ Man sei „eben daran, die einzelnen Confessionsschulen durch Abstimmung vom Leben zum Tode zu bringen [...] Beide, Gewissensfreiheit und Ungestörtheit der religiösen Überzeugung können nur gewahrt bleiben, wo die confessionellen Schulen getrennt fortbestehen [...] die gemischten Schulen [...] sind nur das Schooßkind bestimmter Parteibestrebungen, nicht aber gewiegter Jugend-Erzieher.“³⁹

Die Unzufriedenheit der Klerikalen fasste der Pfälzer Bote anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der badischen Verfassung am 22. August 1868 in die Worte:

„Noch auch dauert fort das Hauptübel in unserem Lande, welches seit Jahren die Gemüther in Unruhe und Kummer versetzt und den inneren Frieden nicht aufkommen läßt; die neue badische Kirchen- und Schulgesetzgebung, welche Einrichtungen und Verhältnisse geschaffen hat, wie sie bisher in Deutschland unerhört waren. Mit der Art, wie die Kirchen- und Schulangelegenheit von unserer Regierung behandelt werden sind aber nicht etwa nur die kathol. Kirchenbehörde und die Katholiken des Landes unzufrieden, sondern nicht minder ein großer Theil der Protestanten, worüber zahlreiche öffentliche Kundgebungen vorliegen. Durch jene Gesetze und Verordnungen ist nicht blos die Religion und Confession bedroht, sondern nicht minder die politische und bürgerliche Freiheit beeinträchtigt. Denn die Freiheit der Kirche und die Freiheit des öffentlichen Unterrichts ist die Vorbedingung und die Grundlage aller bürgerlichen und politischen Freiheit.“⁴⁰

Für die Möglichkeit, den Streit friedlich zu lösen. zitiert die Heidelberger Zeitung den Schwäbischen Merkur:

„Ohne eigentliche Agitation [...] greift die Beschlußfassung der Gemeinden bezüglich der gemischten Schulen immer mehr um sich; alle Deklamationen der ultramontanen Blätter erweisen sich als vollkommen machtlos gegenüber der besonnenen Anschauung der Schulgemeinden, auf deren Entscheidung es einzig ankommt. Es ist sehr merkwürdig, wie rasch und ruhig die Leute sich einigen wenn sie sich frei und offen gegeneinander aussprechen und wenn Niemand mitten inne steht, der ihre Anschauung zu verwirren, zu vergiften vermag. [...] Das Gesetz hat mit seinen Bestimmungen hier offenbar einen guten Wurf gethan; es hat den Gemeinden den Frieden, die Duldung, die Gleichberechtigung in die Hand gelegt, und diese halten sie aufrecht gegen jene Fanatiker, denen die Religion lediglich Kriegsführungsmittel ist.“⁴¹

III. Erste Abstimmungen zur Gemeinschaftsschule

a) Umgebung von Heidelberg

Im Sommer 1868 begannen in der Umgebung von Heidelberg die Abstimmungen über die Umwandlung von Konfessionsschulen in Gemeinschaftsschulen. In Leimen, setzten sich bei den Katholiken am 8. Juli mit der knappen Mehrheit von 20:21 Stimmen die Befürworter der Gemeinschaftsschule durch,⁴² ähnlich in Neuenheim, wo es 115 evangelische und 22 katholische Schüler gab. Hier hatte Professor Holtzmann,⁴³ Mitglied der II. Kammer, am 9. Juli 1868 einen Vortrag zur Schulfrage gehalten. Am 10. Juli stimmten von 38 wahlberechtigten Katholiken 28 für die ge-

mischte Schule, zehn erschienen nicht zur Wahl. Die Protestanten waren selbstverständlich für die gemischte Schule. Allerdings stand die katholische Konfessionsschule wegen ihrer geringen Schülerzahl vor ihrer Auflösung.⁴⁴ Dagegen gewannen in Handschuhsheim,⁴⁵ und Kirchheim⁴⁶ die Gegner der Gemeinschaftsschule, ähnlich in Wilhelmsfeld.⁴⁷

In Neckargemünd hatte ein Korrespondent der Heidelberger Zeitung – möglicherweise Amtsrichter Beck – gehofft, dass die Bürgerschaft

„sich die Ehre nicht nehmen lassen werde, unter den ersten zu sein, die ihre entschiedene Zustimmung einer Einrichtung ertheilen, die sich zum Segen und Glück des Landes wohl ohne Zweifel bald überall Eingang verschaffen wird und der so bedeutende Vortheile in geistiger und materieller Hinsicht zur Seite stehen.“

Doch hier lehnten über 40 Katholiken die Gemeinschaftsschule am 19. September 1868 ab, nur 5 waren dafür, darunter 3 Staatsdiener, über die der Pfälzer Bote höhnt:

„Unter letzteren zeichnete sich durch Eifer für die Communal Schulen besonders der hiesige Amtsrichter Beck [aha! das ist ‚der andere Beck‘] aus, im Allgemeinen ein milder Mann, der auch eine andere Meinung, und sei sie noch so ‚schwarz‘ anzuhören weiß, ein Mann, mit dem sich also reden und verkehren läßt, der aber die Marotte zu haben scheint, als katholischer Kirchenreformer eine Rolle spielen zu müssen. [Ganz richtig, der Bote weiß noch recht wohl, wie selbiger Herr mit dem ächten Beck in Heidelberg die ‚alkatholische Bewegung‘ in Gang bringen wollte und zu diesem Zweck die Odenwaldbahn manchen Groschen zu verdienen gab, er war es, der nach großartig ausgeschriebener Versammlung der ‚Altkatholiken‘ allein mit dem Exlieutenant Pfeifer auf dem kalten Harmoniegang spazieren ging und sich dort einen Schnupfen holte.] Was aber den Hergang in der nun so glücklich abgewiesenen Communal schulangelegenheit betrifft, so verdient derselbe als charakteristisch eine nähere Darstellung.“

Der katholische und der evangelische Ortsschulrat seien für die Abstimmung gewesen, die katholische Stiftungskommission habe dagegen unterm 19. Juli zusammen mit 63 anderen katholischen Ortsbürgern Verwahrung eingelegt und die Frage gestellt,

„ob man z.B. auch nur daran gedacht hätte, daß an kath. Feiertagen der kath. Lehrer keinen Unterricht geben und die Kinder keinen besuchen könnten: da müßte dann entweder eine Störung des Unterrichts für die prot. Schule oder ein Gewissenszwang für die Katholiken die unausbleibliche Folge sein.“⁴⁸

In der nächsten Ausgabe ergänzt der Pfälzer Bote, es „darf nicht vergessen werden, daß der erwähnte Kirchenreformer Amtsrichter Beck vor der Abstimmung an die Katholiken eine schwülstige Rede mit den bekannten Phrasen gehalten hat, wie ‚Förderung der Toleranz‘ etc.“, die Communal Schule käme in Neckargemünd besonders den Katholiken zu Gute, denn die Protestanten hätten drei Lehrer für 225 Schüler, während die Katholiken nur einen Lehrer für 136⁴⁹ Kinder hätten und die Stiftungskommission die Anstellung eines Hilfslehrers fordere.⁵⁰

Die Eröffnung der Gemeinschaftsschule in Neuenheim wird unterschiedlich gesehen. Die Heidelberger Zeitung schreibt, die Lehrer wollten alles

„vermeiden, was den religiösen Frieden der nun gemischten Schulgemeinde in irgend einer Weise beeinträchtigen könnte. Unserer Seits aber wünschen wir der Gemeinde von Herzen Glück und gutes Gedeihen zu dieser neuen Schuleinrichtung, welche von derselben schon viele Jahre vergeblich angestrebt wurde und erst durch das neue Schulgesetz möglich geworden ist.“

Zur Bedeutung dieser Eröffnung heißt es weiter:

„Wir haben wohl gelesen, daß da und dort in Städten gemischte Schulen in Einrichtung begriffen sind, aber von Landgemeinden, welche solche seit heute in Wirklichkeit besitzen, und – das dürfen wir nach dem heutigen Tage wohl sagen – vertrauensvoll aufgenommen haben, wird wohl Neuenheim die erste sein, was alle Anerkennung verdient.“⁵¹ Dagegen erzählt der Pfälzer Bote „Vom Fuße des Heiligenberges“, es sei „am 2. November – am Armenseelentag – die gemischte Schule von Neuenheim bei Heidelberg eröffnet worden. Einen ungeschickteren Tag als diesen hätte man gar nicht herausfinden können! [... denn] es möchten die dortigen Bewohner, Katholiken wie Protestanten [und] ihre Kinder, was Glauben, Religion, Gottesfurcht und praktisches Christenthum betrifft, einem recht armen und trübseligen Zustand überantwortet [werden ...], überhaupt die ‚Totenglocken‘ für allen positiven Glauben und jedes lebendige Christenthum zu läuten begonnen haben [...]. In Neuenheim [...] hat man die kath. Kinder in die Mischschule zu Protestanten, Rongeanern⁵² und sonstigen Christenkindern zusammengethan, und ihnen Allerlei von Humanität, Toleranz und gegenseitiger Achtung, Liebe und Verträglichkeit vordemonstrirt [...]; wie trefflich bewahrheitet sich da gleich anfangs die seitherige Ansicht der Ultramontanen [...], ‚daß die Religion und Religionsübung durch die Schulreform in Gefahr komme.‘ [...] Es haust ja in Neuenheim ein Völkchen, das an der Spitze des Fortschritts stets vorausmarschirt, und Nirgends im badischen Lande übertroffen wird, es sei denn von Leimen, so genannt, weil auch dort viele Katholiken ächte Leimsieder sind. Neuenheim [...] wo Alles [...] daheim ist, wo Auchkatholiken⁵³ und Auchprotestanten, Schenkelianer⁵⁴ und Neuheiden, Freimaurer und Nihilisten ihr Standquartier haben.“⁵⁵

b) Mannheim

In Mannheim stimmten die Katholiken am 28. Januar 1869 über die Gemeinschaftsschule ab, 747 stimmten dafür, 220 dagegen, bei den Protestanten waren 1009 dafür und 6 dagegen⁵⁶, und die 322 abstimmenden Juden waren geschlossen für die Gemeinschaftsschule⁵⁷. Auf katholischer Seite hatte es eine entsprechende Kanzelabkündigung gegeben, der Stiftungsrat hatte ein gemäßigtes Flugblatt herausgegeben, gegen das sich namhafte Katholiken gewandt hatten.⁵⁸ Im Bericht des Pfälzer Boten aus Mannheim heißt es, „die Agitation begann am Montag mit einer Volksversammlung, worin der kath. Professor Baumann die Hauptpauke hielt, Herr Moll⁵⁹ mit Phrasen secundirte“; dazu merkte der Redakteur an: „Zwei Juden waren eigentlich die Hauptredner“ und weiter: „Vor dem Wahllokale postierten sich Kinder Israels und liberale christliche Gruppen.“⁶⁰ Die Liberalen sahen in Mannheim einen Durchbruch, denn „so ist nun wenigstens eine Stadt dem Beispiele von Konstanz gefolgt und hat alle Anstrengungen gegnerischerseits an ihrer Gesinnungstüchtigkeit, an der Einsicht und Aufgeklärtheit ihrer Bürger scheitern lassen.“⁶¹ Als kleiner Trost mag den Ultramontanen vier Wochen später die folgende Meldung gedient haben:

„Heidelberg, 25. Febr. Das ‚gesinnungstüchtige‘ Mannheimer Journal läßt in seinem gestrigen Blatte ‚seinen tiefsten Schmerz‘ darüber aus, daß die von ihm angeregte Organisation einer liberalen Katholikenpartei an der herkömmlich[en] Apathie und Antipathie der Auchkatholiken gegen eine innerkatholische Bethätigung gescheitert sei.“⁶²

Dagegen berichtet die Heidelberger Zeitung am nächsten Tag, man sehe

„unter den Katholiken Badens in Folge der weitgehenden Anforderungen des Bisthumsverwesers Kübel eine Bewegung sich erheben, welche möglicherweise den Keim einer mächtigen Umwälzung der katholischen Kirche Deutschlands in sich schließt. Es hat sich nämlich hier in Mannheim ein Comité freisinniger Katholiken gebildet, welches der Gemeinde eine Stimme in Kirchenangelegenheiten zu erringen sucht.“⁶³

IV. Vorbereitung der Abstimmung in Heidelberg

a) Voraussetzungen

In Heidelberg war am 12. Oktober 1868 ein neues protestantisches Schulhaus feierlich eingeweiht worden. Man hoffte, dass in die neuen Räume auch viele der Kinder kommen würden, die bisher privat unterrichtet wurden. Bei der Feier wurden auch zwei „ausgezeichnete Toaste auf die Harmonie des Geistes und auf die Zeit, wo die Confessionsschulen in Communalschulen umgewandelt werden“ ausgebracht.⁶⁴ Die protestantische Synode der Diözese Heidelberg-Mannheim in der Heiliggeistkirche begrüßte die Entwicklung am 14. Oktober 1868:

„Die gemischte Schule steht mit den Prinzipien des Protestantismus im Einklang, wenn auch die Einführung derselben nicht als eine dringende Nothwendigkeit erscheint. Dieselbe ist wünschenswerth 1) darum weil die Schule nach unsern Landesgesetzen überhaupt eine Staatsanstalt ist; 2) darum weil sie die gemeinschädliche methodisch betriebene Schärfung der konfessionellen Gegensätze beseitigt, die gemischte Schule eine Pflanzstätte der Toleranz zu werden verspricht; 3) darum weil der oberste Schulzweck überhaupt kein konfessioneller sondern ein humaner ist.“⁶⁵

Anders sah es bei den Katholiken aus. Mitte Februar 1869 schrieb ein Korrespondent, die katholische Schule war

„früher eine sogen. Klosterschule und dotirt aus dem Klosterfond. Hieraus entstand der Hauptschulfonds, welcher unter kirchlicher Verwaltung von jeher stand und noch steht. Dieser Fond hat nun die Verpflichtung der Stellung sämtlicher Schullokale für die katholische Volksschule, und der Dotirung der Schulpfründe, aus welcher das Einkommen der kath. Lehrer mit etwa 2/3 gedeckt wird. Dieser Schulfond ist aber kein im Sinne des § 11 des Schul-Ges. bestehendes ‚Schulvermögen‘, welches unter Verwaltung und Aufsicht der Oberschulbehörde steht, sondern es ist kirchliches Stiftungsvermögen, und es wird kaum zweifelhaft sein, daß die kirchliche Behörde ihre Leistungen nur für die konfessionell katholische Schule übernimmt, aber bei Einführung einer Mischschule solche sofort sistirt und damit der Gemeinde erhebliche Lasten aufbürdet, und ihr überläßt, den Weg der Klage zu betreten, deren Ausgang ebenfalls kaum einen Augenblick zweifelhaft ist.“⁶⁶

In der nächsten Woche beruhigte aber ein anderer Korrespondent, dieser Schulfonds stamme aus dem im 18. Jahrhundert konfiszierten Jesuitenvermögen. Er kön-

ne auch für gemischte Volksschulen verwendet werden, wie das bereits beim ehemals katholischen, nun gemischten Lyzeum geschehen sei.⁶⁷

b) Eingaben, Versammlungen und Abstimmungsvorbereitungen

Über die Stimmung in Heidelberg, die sich in Unterschriftensammlungen und Eingaben an den Gemeinderat ausdrückte, liest man in der Heidelberger Zeitung am 18. Februar 1869: „Seit einigen Tagen zirkuliert bei der hiesigen Einwohnerschaft eine Bitte an den Gemeinderath, auch in unserer Stadt an die Stelle der bestehenden Confessionsschule die gemischte Schule zur Einführung zu bringen.“⁶⁸ Und zwei Tage später:

„Diese Eingabe findet, wie solches nicht anders zu erwarten ist, den größten Anklang, man drängt förmlich zur Unterzeichnung und man fahndet nach dieser Liste, weil man fürchtet, dieselbe möchte eingereicht werden, ehe man Gelegenheit gefunden, dieselbe zu unterzeichnen. Die Besorgniß, es möchte namentlich die Mehrzahl der hiesigen Katholiken einer gemischten Schule widerstreben, ist vollkommen unbegründet. [...] Allerdings wird von den Gegnern der Sache mit Aufbietung aller Kräfte entgegengearbeitet und schon wird eine Gegeneingabe herumgetragen; wie wir jedoch zu unserer großen Freude versichern können, findet dieselbe nur wenig Unterschriften⁶⁹, und Heidelberg wird somit nicht hinter ihrer Schwesterstadt Mannheim und anderen Orten zurückbleiben.“⁷⁰

Eine Woche später brachte der Pfälzer Bote die beiden folgenden Nachrichten:

„Heidelberg, 25. Febr. Der Gemeinderath hat heute den Antrag auf Abstimmung über die Einführung der gemischten Schule angenommen.“⁷¹

Heidelberg, 26. Febr. Die auf Veranlassung der kath. Stiftungskommission in Umlauf gesetzte Adresse an den hiesigen Gemeinderath, worin gebeten wird, einem entgegengesetzten Gesuch um Einführung einer gemischten Schule in hiesiger Stadt im Interesse des confessionellen Friedens keine Folge geben zu wollen, wurde bis heute mit 400 Unterschriften hiesiger Katholiken bedeckt.

Nachdem der Gemeinderath jedoch beschlossen hat, den Antrag auf Errichtung einer Mischschule an Großh. Bezirksamt zu stellen, ist es selbstverständlich, daß die Überreichung der Adresse an den Gemeinderath unterbleibt.“⁷²

Die Eingabe der Liberalen mit über 700 Unterschriften lautet:

„Eingabe von Bürgern und Einwohnern Heidelbergs, Vereinigung der hier bestehenden Volksschulen zu einer gemischten Schule betr.

Die Erkenntniß, daß der Unterricht der Jugend in den nothwendigen Grundlagen des Wissens eine der wichtigsten Aufgaben des Staates und der Gemeinde ist gelangt täglich mehr zum Siege. Wie in so manchen andern Zweigen der öffentlichen Thätigkeit, tritt auch in dieser Beziehung der Staat und die Gemeinde an die Stelle ihrer Vorgängerin der Kirche.

In unserer engeren Heimath, dem Großherzogthum Baden ist deßhalb auch zur Freude aller Freunde des Fortschritts durch unsere neue Schulgesetzgebung dieser veränderten Stellung der entsprechende Ausdruck gegeben worden.

Bekanntlich aber glaubte unsere Gesetzgebung in einer vielleicht zu großen Schüchternheit, daß es noch nicht an der Zeit sei, den mit innerer Nothwendigkeit geforderten Schritt der Entwicklung von dem religiösen Bekenntniß unabhängigen Gemeinschaftsschule zu wagen.

Wie in den traurigen Zeiten wo pfäffische Herrschsucht blutige Kriege entzündete, sehen wir darum auch heute noch die Jugend des Volkes, die Hoffnung der Zukunft je nach dem Bekenntniß in verschiedene Schulen wandern, als ob die evangelische, wie die katholische und die israelitische Volksschule nicht alle demselben Ziele zustrebten, um das nachkommende Geschlecht zu wahrhaft menschenwürdigem Dasein heranzubilden.

Was unsere Gesetzgebung in allzugroßer Vorsicht versäumte, muß die Bürgerschaft von einem ihr ausdrücklich eingeräumten Recht Gebrauch machen und aus eigenem Antrieb nachholen, damit auch die letzte Spur einer Einrichtung, welche dem konfessionellen Hader dienen könnte beseitigt werde.

Wir hegen das feste Vertrauen, daß die Einwohner Heidelbergs dem von Mannheim und anderen Orten gegebenen ehrenvollen Beispiele folgend in allen Schulgemeinden mit überwiegender Mehrheit für Vereinigung der hier bestehenden Volksschulen zu einer gemischten Schule stimmen werden.

Wir bitten daher der verehrliche Gemeinderath wolle bei der geeigneten Behörde den erforderlichen Antrag stellen, daß in der evangelischen, der katholischen und der israelitischen Schulgemeinde darüber abgestimmt werde, ob unsere Volksschulen zu einer gemischten Schule vereinigt werden sollen.

Hochachtungsvoll

Heidelberg im Februar 1869⁷³

Die Eingabe reichte der Gemeinderat am 6. März 1869 an die Ortsschulräte weiter.⁷⁴ Das Bezirksamt genehmigte am 9. März 1869 die Verwendung des Polizeidieners Tritschler zur Aufstellung der Wählerlisten für die Schulabstimmung⁷⁵. Das Statistische Büro des Handels-Ministeriums antwortete am 16. März 1869 dem Gemeinderat, daß die angeforderten Volkszählungslisten bei Dr. med. K. Mittermaier⁷⁶ lägen, der zusammen mit seinem Bruder und Prof. Knauff⁷⁷ die Listen am 31. März zur Verfügung stellte.⁷⁸ Die Wählerlisten wurden in der Zeit vom 7. April bis 20. Mai erstellt⁷⁹ und am 1. Juni acht Tage lang zur Einsicht aufgelegt.⁸⁰ In den Monaten März bis Mai ruhte die Zeitungspolemik über die Schulfrage in Heidelberg, das angekündigte Vatikanische Konzil warf seine Schatten voraus und der Name des Münchener Theologieprofessors Ignaz v. Döllinger taucht in den Spalten der Zeitungen auf.⁸¹ Der Pfälzer Bote lud auf den 9. Mai 1869 zu einer Versammlung der eben neu gegründeten „Katholischen Volkspartei“ nach Bruchsal ein. Punkt 4. des Programms dieser Partei forderte:

„Wir verlangen entschiedene, redlich durchgeführte Schulfreiheit. Damit bestreiten wir nicht der Staatsregierung das Recht, den öffentlichen Unterricht zu beaufsichtigen, aber wir verlangen für die Bürger die Freiheit, welche ihnen das jetzige Schulgesetz raubt – die religiöse Erziehung ihrer Kinder in Verbindung mit ihrer Kirche bewirken zu dürfen. Eine ‚Staatserziehung‘ können wir nie zugestehen, denn wie der ‚moderne Staat‘ sich gestaltet, ist eine solche stets eine Parteierziehung.“⁸²

Am 9. Juni beraumte das Bezirksamt Tagfahrt zur Abstimmung an: „Am Dienstag den 22. d. Ms. ist die evangelische Confessionsgemeinde, am Mittwoch den 23. d. Ms. die katholische, am Donnerstag den 24. d. Ms. die israelitische Confessionsgemeinde zur Abstimmung berufen.“ Die Abstimmungsfrage lautete:

„Sollen dem von dem Gemeinderath in Übereinstimmung mit dem evang., kathol. u. israelitischen Ortsschulrath gestellten Antrag gemäs die confessionellen Volksschulen in hiesiger Gemeinde zu einer allen Confessionen gemeinschaftlichen Volksschule vereinigt werden?“⁸³

Von der entsprechenden Bekanntmachung waren 2400 Abdrucke zu fertigen und „durch die Agenten, welche mit der Aufnahme der [Wähler]listen beauftragt waren, vertheilen zu lassen.“⁸⁴

Der Gemeinderat erließ am 17. Juni 1869 eine „Aufforderung an unsere Mitbürger“, in der er zur Teilnahme an der Abstimmung aufrief.

„Die Umwandlung der Confessionsschulen in eine gemischte Schule betr.

Der Zeitpunkt der Abstimmung über die Einführung einer allen Confessionen gemeinsamen Schule rückt immer näher. Damit jedoch unsere Stadt nicht hinter jenen zurückbleibt, die uns bereits mit so leuchtendem Beispiele vorangegangen, ist eine allgemeine Bethheiligung an der Abstimmung eine dringende Pflicht jedes nach Fortschritt strebenden Bürgers. Es soll sich zeigen, ob der Geist echter Menschenliebe, ob der Geist der Toleranz, welcher ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntniß sich gegenseitig anerkennt und achtet, oder ob religiöser Fanatismus in unserer Stadt den Sieg davon tragen wird.

Mitbürger aller Glaubensbekenntnisse! Wie die Bewohner der Städte Mannheim, Constanz⁸⁵ u. namentlich die der uns benachbarten Rheinpfalz⁸⁶ ihren Kindern ein theures Erbtheil errungen haben, so erkämpft auch Ihr ein solches u. tretet deßhalb in der nächsten Woche Mann für Mann zur Abstimmung für die Communalschule hin und legt Zeugniß ab, daß der alte Ruf Heidelbergs, ein Hort echter Freisinnigkeit zu sein, auch heute noch ein wohlberechtigter ist.“⁸⁷

Am 18. Juni appellierten 118 liberale katholische Bürger ebenfalls an „unsere katholischen Mitbürger“⁸⁸. Gleichzeitig wurde vom „Comité für Einführung gemischter Schulen“ zu einer Versammlung in der Harmonie am Abend des 21. Juni 1869 eingeladen, die vom Vorsitzenden, dem Vergolder Leupold eröffnet wurde und auf der nach Notar Dr. Sachs als Hauptredner Prof. Neff, Dr. Franz Mittermaier, Dr. Reckendorf und schließlich Waisenrichter Ehre sprachen.⁸⁹

„Wie vorauszusehen war agitierte Pfarrer Wilms in der katholischen Kirche am Sonntag, 20. Juni, vor der Abstimmung von der Kanzel herab gegen die Vermischung“ und behauptete:

„Aus der Mischschule gingen nur verschwommene, charakterlose Menschen hervor, in Bälde werde die Welt eine Mörder- und Räubergrube sein, besonders die Mütter der Kinder, die Weiber der Abstimmenden sollen sich rühren, sie sollen während der Abstimmung in die Kirche kommen und für Verwerfung der gemischten Schulen beten.“⁹⁰

Noch am Tag der Abstimmung der Katholiken brachte die Heidelberger Zeitung an der Spitze ihres Blattes einen Leitartikel „Ein letztes Wort“, datiert vom 22. Juni und gezeichnet mit „Ein Katholik im Namen vieler“. Hier werden die Ultramontanen scharf kritisiert:

„Ja Alles, Alles sollen Eure Kinder durch die getrübe Brille Eurer geistlichen Wunderthäter ansehen. - Und warum das? Je geringer und einseitiger der Bildungsgrad eines Menschen, desto größer ist seine Unselbstständigkeit, desto leichter läßt er sich beherrschen, desto leichter wird er zum Werkzeug herrschsüchtiger gewissenloser Parteien.“⁹¹

V. Die Versammlungen am 22. Juni 1869

Einen Höhepunkt der Auseinandersetzungen bildeten die Versammlungen am Vortag der Abstimmung der Katholiken. Die Ultramontanen gaben ein Flugblatt „An die katholischen Männer Heidelbergs“ heraus⁹² und luden am Vorabend der Abstimmung der Katholiken, „zu anständiger, freundschaftlicher Besprechung ihre Mitbürger“ in die katholische Schulkapelle im „Kloster“ ein.⁹³

Gleichzeitig wurde eine „andere Versammlung bei Diemer“ gehalten, auf der Notar Sachs die Reden „des angeblichen Ausfalls des Zuschusses aus den kirchlichen Fonds, sowie des Popanzes der Religionsgefahr“ widerlegte. Nach ihm sprachen die „Herren Heinstein, Greiff, Leupold, Ditteney, welche sämtliche die brennende Tagesfrage von verschiedenen Seiten beleuchteten“ und mit Beifall belohnt wurden. Diese Versammlung „war durchweht vom Geiste schönster Eintracht und Liebe.

Dagegen hat „die Versammlung im Kloster dadurch, daß die Geister aufeinanderplatzten, einen stürmischen Verlauf genommen.“⁹⁴ Die Stadtchronik berichtet darüber: „Hier, am 22. Juni wurde die Hauptschlacht geschlagen. Eine Extrabeilage der Heidelberger Zeitung unter dem Titel ‚Moralisch todt und begraben!!!‘ beschreibt diese Versammlung“⁹⁵, zu der etwa 400-500 Besucher Einlass fanden und weitere draußen vor dem Gittertor blieben. Stadtpfarrer Wilms eröffnete die Versammlung und beklagte die religiösen und sittlichen Gefahren der Gemeinschaftsschule, musste aber unter lauten Missfallenskundgebungen den Rednerplatz verlassen. Ihm folgte Dr. Fischer, der sich über den Unfrieden verbreitete, den die neue Schule hervorrufe und Toleranz und Frieden forderte – er erntete Gelächter. Als nächster schilderte Jakob Lindau die angeblich hohen Kosten der geplanten Schulreform und griff den unkatholischen Geist von Lehrern und Schulbüchern an, was lauten Unwillen der Zuhörer provozierte, so dass er seine Ausführungen schließen musste. Von liberaler Seite folgten nun Dr. Franz Mittermaier und der Mediziner Prof. Friedreich⁹⁶ – „sie erringen die Palme des Abends.“ Als schließlich der ultramontane Amtsrichter Junghans noch die Autorität betonte und der Bürokratie die Schuld an den Missständen in der Schule gab, machte die

„allgemeine Aufregung [...] den Schluß nötig. Lindau schloß die Versammlung. Die Herren vom ‚schwarzen Kasino‘ wagten nicht den Ausgang auf die Straße, sie schlichen still und gesenkten Hauptes durch das Hinterpförtchen. Die Redner der liberalen Partei Dr. Mittermaier und Prof. Friedreich aber wurden von der draußen wogenden Menge mit nicht enden wollendem Hoch empfangen.“⁹⁷

Der Pfälzer Bote berichtete erst unter dem 27. Juni über die Versammlung in der Schulkapelle:

War dies denn ein ehrlicher Kampf mit Geisteswaffen? Die katholische Partei forderte hierzu auf durch Einladung sämtlicher Religionsgenossen. Wie wurde ihr dafür gedankt! Der Tumult vor der Schulkapelle, das Aufstacheln der Kinder zum Unfugmachen, die Verhöhnung der braven Katholiken beim Besuch der Versammlung, das Fenstereinwerfen – dies waren die Geisteswaffen, die von dem meist aus Protestanten bestehenden Publikum außerhalb der Kapelle angewandt wurden. Und nun vollends innerhalb des Raumes, den man besonders in der Absicht eines anständigen Verhaltens gewählt hatte! Zunächst gab es manchen Stoff zum Nachdenken, daß sich eine große Anzahl uneingeladener Protestan-

ten und darunter Theologen und im Amt stehende Pfarrer eingedrängt hatte, daß der Berichterstatter des Emmerling'schen Käseblattes⁹⁸, ebenfalls ein Protestant, oder vielleicht gar noch Jude, sich nicht scheute, seine Lügennotizen öffentlich einzutragen.

Es biete

„sich nun das schöne Bild in Heidelberg dar, daß Caspar Bluntschli oder ein Treitschke⁹⁹ Arm in Arm mit Franz Mittermaier das Jahrhundert der Finsterniß und des Aberglaubens herausfordern, wobei Bismarck aus höhern Regionen mit dem Lorbeerkrantz winkt.“¹⁰⁰

Unter dem 1. Juli heißt es weiter, dass

„nun aber einzelne Blätter fortfahren, die infame Lüge zu verbreiten, es sei hier Alles in vollkommener Ruhe und Ordnung vor sich gegangen, während doch die Heidelberger Zeitung durch ihren Bericht über die Versammlung in der Schulkapelle selbst die beste Widerlegung dieser Behauptung bringt, so müssen wir noch einige rückständige Bemerkungen unseren Bericht hinzufügen.“

Eine Menge der Wahlberechtigten sei nicht in der Liste eingetragen gewesen.

Am nächsten Tag seien Geistliche auf der Straße beschimpft worden und beim Fackelzug zu Ehren der liberalen Förderer der Gemeinschaftsschule nach dem Ende der Abstimmung „fand ein wahres Gebrüll vor dem kathol. Pfarrhause statt und die beschimpfendsten Ausdrücke wurden hinaufgerufen. Das geschah wahrscheinlich zur Ehre der ‚Liebe‘, von welcher Dr. Mittermaier in seiner Rede so viel Aufhebens machte.“¹⁰¹

Einen Vorgeschmack von den Auseinandersetzungen der nächsten Jahre über die neuen Papstdogmen gibt in der selben Nummer des Pfälzer Boten eine Korrespondenz „Von der Bergstraße“:

„Die Actien des landesbaslichen und jämmerling'schen¹⁰² ‚katholischen Katholizismus‘¹⁰³ müssen sehr schlecht stehen; mit der massenhaften Absetzung des bekannten Aufrufs ‚an die Katholiken Badens‘¹⁰⁴ muß es nicht vorwärts gehen und die öffentlichen und geheimen Beitrittserklärungen der Katholiken müssen ebenfalls ausbleiben, trotz der Posaunenstöße und Marktschreiereien der ‚Alten‘, weil Ehren-Emmerling letzten Samstag sich veranlaßt fand, jenes berüchtigte Pamphlet [...] gratis seinem Käseblatt beizulegen [...]. Die Auchkatholiken à la Weckbeck und die Auchkatholiken à la Auchbeck¹⁰⁵ mögen aus der katholischen Kirche austreten und eine neue ihnen comfortable Kirche gründen. Wir haben nichts dagegen. Die vermeintliche Wunde, die sie damit unserer Kirche schlagen, wird, um mit dem gelehrten Möhler¹⁰⁶ zu reden, höchstens zum Fontanell¹⁰⁷, wodurch der Unrath aus dem Körper der Kirche abfließt.“¹⁰⁸

VI. Ergebnis und Feier der Abstimmung

Das Ergebnis der Abstimmung der Protestanten am 22. Juni war von vorne herein absehbar. Bei etwa 1200 Stimmberechtigten votierten 917 mit „ja“, nur 8 waren dagegen.¹⁰⁹ Die Abstimmung der Katholiken am 23. Juni erwartete man nach den unversöhnlichen Auseinandersetzungen bis zum Vorabend mit Spannung. Die Abstimmungsfrist wurde um zwei Stunden verlängert, „um ½ 3 Uhr hatten 487 Katholiken mit ‚Ja‘ 157 mit ‚Nein‘ gestimmt. Dadurch schon war der Sieg gewiß. Die ganze Stadt beflaggte sich.“¹¹⁰ Als das Endergebnis mit 492 Zustimmungenden und 160 Geg-

nen abends der Menschenmenge vor dem Rathaus bekannt gegeben wurde, war der Jubel groß: Es wurde ein „Hoch“ ausgebracht

„das lawinenartig schwoh und sich durch die beflaggten Straßen der Stadt fortwälzte. Die Glocken der Hl. Geist-Kirche wurden geläutet, Böllerdonner ertönte, vom Kirchturm schallten Posaunen und die zahlreiche Menge auf dem Marktplatze stimmte den alten Ambrosianischen Lobgesang an: ‚Großer Gott wir loben dich!‘ Tausende ohne Unterschied der Konfession bewegte der einstimmige laute Gesang tief, den sie mit anstimmten und zu Ende führten.“

Noch am späten Abend gab es einen Fackelzug vom Universitätsplatz zur Wohnung von Dr. Franz Mittermaier, der auf den Beifall der Menge antwortete, „es liege ein heißer Kampf, aber auch ein glänzender Sieg hinter uns – jeder habe jetzt die Pflicht, an der weiteren Arbeit teilzunehmen. Nur was durch das Volk geschehe, bleibe bestehen; achten wir auch die Gegner!“

Durch die Ingramstraße ging der Zug weiter zu Staatsanwalt von Berg in der Theaterstraße und dann durch die Plöck zu Hofrat Friedreich auf der heutigen Friedrich-Ebert-Anlage, der sagte,

„als die Versammlung in der Kapelle zu Ende gewesen gestern abend, habe er das Resultat schon gewußt, denn die Gegner seien verzweifelt gewesen durch die Wucht der Gegengründe. Er nehme den Dank an, obschon er nur den Gefühlen des Volkes Ausdruck verliehen habe und somit ihn eigentlich nicht verdiene.“¹¹¹

Am folgenden Tag, 24. Juni, stimmten die Juden ab, bei 67 Berechtigten gab es 57 „Ja“, die übrigen waren abwesend oder krank. Als dieses letzte Ergebnis verkündet war, gab es nochmals Glockengeläute, Böllerdonner und einen großen Festzug mit Musik.¹¹² In einer Anzeige, datiert 24. Juni 1869, mit der Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse lud das Comitè für Einführung gemeinschaftlicher Schulen „zu einer würdigen Schlußfeier unseres Sieges auf heute Donnerstag Abend 8 Uhr in den großen Saal der Harmonie-Gesellschaft zu einem Bankette ein,“ das von über 1000 Personen besucht wurde.¹¹³ Im Namen der Harmonie-Gesellschaft begrüßte Carl Abel die Versammlung mit dem Bewusstsein, „wir glauben all' an einen Gott! Sein Hoch galt dem ferneren Zusammengehen aller Glaubensgenossen.“ Notar Sachs nannte drei Faktoren, denen der Sieg zu verdanken sei, den liberalen Parteien der National-Liberalen und der Demokraten, der Gemeindebehörde und den ultramontanen Gegnern, „die durch Unverstand und anmaßendes Auftreten dazu beitrugen, daß die Wahrheit siegte.“

VII. Errichtung der Gemeinschaftsschule

Die Umsetzung des Abstimmungsergebnisses begann das „Comitè für die Einführung der gemeinschaftlichen Volksschule in Heidelberg“ mit einem Aufruf zur „Gründung eines Fonds für die gemischte Volksschule in Heidelberg“. Schon

„in der Festversammlung in der Harmonie [...] wurde beschlossen zum bleibenden Andenken an die Tage, an welchen sich die confessionellen Schulgemeinden unserer Stadt für die Einführung der gemischten Volksschule ausgesprochen haben, einen Fonds zu gründen, der die Bestimmung hat, die Interessen des Unterrichts an dieser Schule zu fördern.“¹¹⁴

Das Comitè bekam am 3. Juli 1869 vom Bezirksamt die Genehmigung „zur Veranstaltung von Sammlungen“,¹¹⁵ und schon am selben Tag brachte es „zur öffentlichen Kenntniß, daß die Zeichnungen für den gemischten Fonds der gemischten Schule bis heute nahezu 11000 fl. betragen.“¹¹⁶

Der Oberschulrat in Karlsruhe genehmigte am 6. Juli 1869 die Einrichtung der gemeinschaftlichen Volksschule in Heidelberg nach §§ 10 und 13 des Gesetzes vom 8. März 1868, des § 3, Ziff 1 der Verordnung vom 2. Apr. 1868 und des § 23 der Verordnung vom 11. September 1868.¹¹⁷ Das Bezirksamt schrieb am 13. Juli 1869 an den Gemeinderat, dass nun die „Wahl u. Constituirung des Ortsschulraths für diese Schule nöthig“ sei.¹¹⁸ Der Gemeinderat stellte daraufhin die Wahllisten fertig und nach einer kurzen Verzögerung konnte unter dem 27. September 1869 die Wahlbekanntmachung erlassen werden.

Der Ortsschulrat wurde für 6 Jahre gewählt. Er bestand aus je einem Ortsgeistlichen und einem Lehrer für jede Confession, dem Bürgermeister oder dessen Stellvertreter und „aus sechs durch die Ortseinwohner der Schulgemeinde in der Weise gewählten Mitglieder[n], daß jede betheiligte Confession vertreten ist.“ Die Wahl fand am 4. und 5. Oktober 1869 statt¹¹⁹, 584 Wahlzettel wurden abgegeben, davon war einer ungültig und der Zettel des Sattlers Friedrich Kellermann wurde nicht gezählt, da er als Deutschkatholik nicht wahlberechtigt war. Gewählt wurden die Protestanten Professor Heinrich Holtzmann (580 Stimmen), Privatmann Carl Abel (578) und Anwalt Carl Klingel (447), die Katholiken Dr. Franz Mittermaier (574) und Professor Landolin Neff (574) und der jüdische Kaufmann Simon Reiß (575). Der Kaufmann Hugo Kolligs bekam 133 Stimmen und kam damit nicht in den Ortsschulrat, alle anderen blieben unter 10 Stimmen.¹²⁰ Das Bezirksamt forderte Bürgermeister Krausmann auf, als provisorischer Vorsitzender des Ortsschulrats, entsprechend der Verordnung vom 1. Oktober 1869, eine Sitzung zur Wahl des Vorsitzenden anzusetzen, bei der am 3. Dezember 1869 Carl Abel als Vorsitzender bestimmt wurde, der aber schon am 30. Oktober 1871 zurücktrat; seine Nachfolger wurden am 28. Oktober 1871 Dr. Franz Mittermaier und am 10. August 1874 Professor Eisenlohr.¹²¹

Der Ortsschulrat erarbeitete nun einen Vorschlag für die neue Klasseneinteilung und kam am 19. Jan. 1870 zu dem Ergebnis, dass statt der bisher 20 Klassen in drei Schulen nun 26 Klassen eingerichtet werden sollten. Da jede Klasse einen Lehrer brauchte, müssten entsprechend sechs neue Lehrerstellen geschaffen werden.¹²² Der Gemeinderat antwortete auf diesen Vorschlag am 3. Februar 1870 ablehnend und bedauerte gleichzeitig, dass die Vorschläge des Ortsschulrats bereits in der Badischen Landeszeitung und der Karlsruher Zeitung veröffentlicht worden seien.¹²³ Als Kompromiss schlug der Ortsschulrat am 15. Februar vor, in den unteren vier Jahrgängen geschlechtlich gemischte Klassen einzurichten, so dass anstatt vier nur noch drei Parallelklassen pro Jahrgang zu bilden wären.¹²⁴ Der Stadtrat fand am 17. Februar 1870, dass man in den fünf untersten Klassen Buben und Mädchen zusammen unterrichten könnte. So wurden nun 21 neue Klassen gebildet und man musste nur für einen Unterlehrer eine zusätzliche Stelle vorsehen.¹²⁵ Doch nach Schuljahresbeginn am 11. Mai 1870 fand der Ortsschulrat am 16. Mai 1870, dass die Klassen der ersten Jahrgangsstufe überfüllt seien und forderte die Einrichtung

einer zusätzlichen Klasse mit einer weiteren Lehrkraft, was vom Gemeinderat am 18. Mai bewilligt wurde. Dafür dankte der Ortsschulrat am 21. Mai 1870.¹²⁶

Offenbar hatte der durch die Ultramontanen vom Zaun gebrochene Schulkampf zu einem gesteigerten Bildungsbewusstsein geführt, sodass mehr Kinder zur Schule angemeldet wurden. Der Graben zwischen ultramontanen und liberalen „altkatholischen“ Katholiken war nun so breit geworden, dass sich die Liberalen den neuen Papstdogmen, die am 18. Juli 1870 auf dem Vatikanum I in Rom durch den Papst verkündet wurden, nicht mehr unterwerfen konnten. Sie wurden deshalb exkommuniziert und mussten eine eigene Seelsorge für ihre Anhänger organisieren, um ihren Status als Katholiken zu wahren. Der badische Staat erließ dazu am 15. Juli 1874 das Gesetz „die Rechtsverhältnisse der Altkatholiken betreffend“,¹²⁷ nachdem der römische Papst im Jahr zuvor die gemeinsame Benutzung von Gottesdiensträumen durch römische Katholiken und Altkatholiken verboten hatte.

Anmerkungen

- 1 Frank Engehausen: Kleine Geschichte des Großherzogtums Baden 1806–1918, Karlsruhe 2012, S. 119f.
- 2 Ignaz Heinrich Karl Freiherr von Wessenberg (1774–1860), fruchtbarer Bildungspolitiker, strebte eine deutsche Nationalkirche an und wurde deshalb vom römischen Nuntius in Luzern bekämpft.
- 3 Carl Gustaf Adolf Knies (1821–1898), seit 1855 o. Prof. in Freiburg/B., Herbst 1861 Abgeordneter der II. Badischen Kammer, ab WS 1865/66 o. Prof. für Staatswissenschaften in Heidelberg; siehe Dagmar Drüll: Heidelberger Gelehrtenlexikon 1803–1932, Berlin, Heidelberg 1986, S. 141. Er hatte 1860 gegen das Konkordat das „Promemoria der protestantischen Professoren an der badischen Landesuniversität Freiburg“ verfasst.
- 4 Ludwig Hassenpflug (1794–1862), Jurist und reaktionärer Politiker, 1832–1837 und 1850–1855 Erster Minister in Kurhessen.
- 5 Hans Fenske: Baden 1830–1860, in: Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte, hg. von Meinrad Schaab. Bd. 3: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende der Monarchien, Stuttgart 1992, S. 79–132 und ders.: Baden 1850–1918, in: ebd. S. 133–233, hier S. 143.
- 6 Ewald Keßler: Das badische Schulgesetz von 1864, in: Jahrbuch für badische Kirchen- und Religionsgeschichte, 8.–9. Bd., 2014–2015, Stuttgart, S. 65–78, hier S. 70.
- 7 Siehe auch Ewald Keßler: Die Gemeinschaftsschule in Heidelberg – ein alt-katholischer Erfolg, in: 125 Jahre unterwegs ..., Festschrift, Hg. Alt-Katholische Gemeinde Heidelberg-Ladenburg, Heidelberg 1999, S. 58–77, hier S. 60 und S. 65. Es handelt sich hier um Auszüge aus der Chronik der Stadt Heidelberg, Stadtarchiv Heidelberg (StAH) H. 190 M; Der badische Schulstreit, in: Der Katholik, Zeitschrift für kath. Wiss. u. kirchl. Leben, NF 2.13, 1865, Heft 6, S. 727–752, hier S. 727 „der Artikel will eine Zusammenstellung aller für das Verfahren der badischen Geistlichen und der Freiburger Kirchenbehörde sprechenden Gesichtspunkte“ bringen.
- 8 Jakob Lindau (1833–1898), seit 1854 Kaufmann, gründete 1865 den „Pfälzer Boten“ als erste katholische Zeitung Badens und 1869 die „Katholische Volkspartei“. 1867–1870 und 1875–1876 Abgeordneter der II. Badischen Kammer, 1871 Reichstagsmitglied, s.a. Keßler: Gemeinschaftsschule (wie Anm. 7), S. 61–63.
- 9 Pfälzer Bote, Nr. 27, 4. März 1868, S. 104, Heidelberg, 1. März 1868.
- 10 Keßler: Schulgesetz 1864 (wie Anm. 6), S. 72–73; Karl Buchheim: Die Frage nach der katholischen Partei, in: Zeitschrift für Politik, Neue Folge, Vol. 10, Nr. 1, 1963, S. 63–77, hier S. 63f.; Der Katholik (wie Anm. 7), S. 748 schrieb: „Ein Amtsrichter, Beck, in Walldüren, schrieb eine Broschüre betitelt: Ist die katholische Religion in Gefahr? welche massenhaft im Lande verbreitet wurde, in der am Schlusse gesagt wird, daß das, was die Wandercasino's wollten, also das, was der Bischof und der Papst wollen, eine Heidenketzerei und derselbe Höllenathem sei, der Christus an das Kreuz schlug.“
- 11 Pfälzer Bote, Nr. 11, 26. Jan. 1869, S. 40; in der Reformation war angesichts der Verwelt-

- lichung des mittelalterlichen Bischofsamtes die Kirchenleitung weltlichen Herrschern übertragen worden. Dieser fürstliche „Summespiskopat“ wurde in Deutschland erst 1918 beendet.
- 12 Heinrich Krausmann (1818–1887), Erster Bürgermeister von Heidelberg 1857–1875.
 - 13 Johann Caspar Bluntschli (1808–1881), Jurist und liberaler Politiker aus Zürich, seit 1861 Professor in Heidelberg, Präsident der evang. badischen Landessynode.
 - 14 Karl Theodor Welcker (1790–1869), 1816 Professor in Heidelberg, 1819 in Bonn, ab 1822 in Freiburg/Br., Abgeordneter in der II. Badischen Kammer und im Paulskirchenparlament, siedelte 1844 nach Heidelberg über, 1866 Vorsitzender der „Deutschen Partei“.
 - 15 Carl Joseph Anton Mittermaier (1787–1867), Jurist, seit 1821 o. Prof. in Heidelberg, 1827–1845 Mitglied des Badischen Gesetzgebungsausschusses, 1831–1840 und 1846–1849 Abgeordneter der II. Badischen Kammer, 1848 im Vorparlament, 1848/49 im Paulskirchenparlament.
 - 16 Keßler: Schulgesetz (wie Anm. 6), S. 74–76; ders: Gemeinschaftsschule (wie Anm. 7), S. 61–63.
 - 17 Pfälzer Bote, Nr. 45, 17. Apr. 1869, Katholikenversammlung in Ochsenfurt, S. 173–174.
 - 18 Hermann v. Vikari (1773–1868), ursprünglich Jurist, 1797 Priester, Mitarbeiter von Ignaz Heinrich v. Wessenberg, nach Errichtung des Erzbistums Freiburg 1821 Metropolitankapitular, 1827 Generalvikar, 1832 Weihbischof (die Bischofswahl 1836 wurde von Rom und Baden verworfen), 1842 Erzbischof von Freiburg. Mit dem Verbot an die Katholiken, sich an diesen Wahlen zu beteiligen und an die Geistlichen, ihren Sitz in den Ortsschulräten einzunehmen, hatte der Erzbischof die „Entchristlichung“ der Schule geradezu provoziert. Das Verbot für die Geistlichen wurde 1871 aufgehoben, siehe Friedrich v. Weech: Badische Geschichte, Karlsruhe 1890, S. 595.
 - 19 Keßler: Schulgesetz (wie Anm. 6), S. 71 mit Anm. 43. In Heidelberg beteiligten sich 261 Bürger mit je vier Stimmen an der Wahl zum katholischen Ortsschulrat. Gewählt wurden der spätere Oberbürgermeister Heinrich August Bilabel (261 Stimmen), Lyzeumdirektor Cadenbach (173), Kaufmann Otto Krieger (171) und Prof. Carl Mittermaier (168); Mittermaier wurde am 2. Dez. 1864 vom Oberschulrat zum Vorsitzenden ernannt, bat aber am 21. Sept. 1866 um Enthebung als Vorsitzender, sein Nachfolger wurde am 3. Juli 1867 Cadenbach. StAHD, UA 264, fasc. 4/II, S. 27–41, 9. Dez. 1864, 21. Sept. 1866 und 3. Juli 1867; Ewald Keßler: Der Jurist Mittermaier und der Altkatholizismus, in: Internationale Kirchliche Zeitschrift (IKZ), Bern 2011, S. 116–136, hier S. 131.
 - 20 Schon „dem Landtage von 1865/66 waren verschiedene Gesetzesentwürfe über Schule, Presse, Vereine und Versammlungen, Verantwortlichkeit der Minister u.s.f. vorgelegt“ worden, deren Beratung durch den Krieg verschoben wurde, Weech: Geschichte (wie Anm. 18), S. 611.
 - 21 Pfälzer Bote, Nr. 1, 2. Jan. 1868, „Prosit Neujahr“, S. 1f., hier S. 2; s.a. die Rede von J. Lindau auf dem Freiburger Katholikentag am 29. Dez. 1867, ebd. Nr. 2, S. 5 und S. 9.
 - 22 Heidelberger Zeitung, Nr. 66, 18. März 1868, S. 1f.; das Gesetz brachte auch eine Besserstellung der Lehrer, die vom 1. Jan. 1868 an galt, ebd., S. 1.
 - 23 Heidelberger Zeitung, Nr. 71, 20. März 1868, Beilage, 1. S., Freiburg 19. März; Wortlaut ebd. Nr. 74, 27. März 1868, 3. S.; Kommentar ebd. Nr. 79, 2. Apr. 1868, 1.–2. S., Karlsruhe, 25. März.
 - 24 Julius Jolly (1823–1891), Jurist, 1857 a.o. Prof., ab 1861 politische Karriere, 1866 Staatsminister des Innern, 12. Feb. 1868 Regierungschef, 30. Sept. 1876 Präsident der Oberrechnungskammer.
 - 25 Pfälzer Bote, Nr. 38 (richtig 37), 26. März 1868, S. 148; Heidelberger Zeitung, Nr. 72, 25. März 1868, 2. Seite, Karlsruhe, 23. März; der Erzbischof hatte den Pfarrern verboten, Mitglied im Ortsschulrat zu werden.
 - 26 Heidelberger Zeitung, Nr. 68, 20. März 1868, S. 1, Heidelberg 19. März.
 - 27 Pfälzer Bote, Nr. 169, 18. Sept. 1869, S. 430.
 - 28 Franz August Beck (1829–1898), Amtsrichter in Walldürn, später in Neckargemünd und dort Vorsitzender des Ortsschulrats.
 - 29 Ewald Keßler: Anfänge und Ziele der alt-katholischen Bewegung in Baden, in: Kirchliches Jahrbuch für die Alt-Katholiken in Deutschland 1968, Bonn 1967, S. 35–36 und ders: Amtsrichter Beck und sein Aufruf, in: 125 Jahre unterwegs (wie Anm. 7) S. 84–90.
 - 30 Josef Beck (1803–1883) war ein Freund und Biograph Wessenbergs, 1862–1868 Abgeordneter in der II. Badischen Kammer, 1864 exkommuniziert, 1865 evangelisch; s.a. Pfälzer Bote, Nr. 39, 3. Apr. 1869, S. 149–150, Konstanzer Zustände, eine Polemik gegen Wessenberg, wo ein Brief des „Altkatholiken“ Josef Beck von 1865 erwähnt wird, in dem eine „deutsche Nationalkirche“ gefordert wird. Keßler: Mittermaier (wie Anm. 19), S. 129, Anm. 85.
 - 31 Mit „Base“ bzw. „Landesbase“ ist die liberale „Badische Landeszeitung“ gemeint, die in Karlsruhe erschien.

- 32 Pfälzer Bote, Nr. 44, 14. April 1868, S. 175, Heidelberg, 10. April.
- 33 Lothar von Kübel (1823–1881), Priester, ab 1854 im erzbischöflichen Ordinariat für Schulfragen zuständig, Domdekan und Generalvikar, 1868 von Bischof E. v. Ketteler zum Weihbischof geweiht.
- 34 Johann Baptist Hirscher (1788–1865), 1810 Priester, 1817 Professor in Tübingen, 1837 in Freiburg, 1839 Domkapitular, 1850 Dekan des Domkapitels; seine Reformvorschläge wurden von den Ultramontanen bekämpft.
- 35 Johann Michael Sailer (1751–1832), 1770 Jesuitennovize, 1784 Professor in Dillingen, 1794 als angeblicher Illuminat entlassen, 1799 Professor in Ingolstadt/Landshut, 1821 Domkapitular in Regensburg, 1822 Generalvikar, 1825 Dompropst, 1829 Bischof. „Sailer war der Hauptvertreter einer innerlichen und dabei duldsamen Frömmigkeit innerhalb des deutschen Katholizismus“ (Meyers Konversationslexikon, Bd. XV, Leipzig 1897, S. 112). Er wurde vom bayerischen Königshaus gestützt.
- 36 Heidelberger Zeitung, Nr. 98, 26. April 1868, 1. Seite, Rastatt, 24. April; ähnlich ebd. Nr. 103, 3. Mai 1868, 1.–2. Seite, Karlsruhe, 29. April.
- 37 Pfälzer Bote, Nr. 66, 6. Juni 1868, S. 259. Der Erste Minister Roggenbach war am 30. Okt. 1865 durch Ludwig v. Edelsheim und als Leiter des Oberschulamtes war Carl Knies durch Moritz von Seyfried abgelöst worden.
- 38 Als Vorgesetzte hatten die Pfarrer die Lehrer für diese Dienste herangezogen. Die Pfarrer hatten weiterhin Sitz und Stimme in den Ortsschulräten. Bei den Wahlmitgliedern musste jede beteiligte Konfession vertreten sein. Im Pfälzer Boten Nr. 80 vom 13. Juli 1869 warnt ein Korrespondent „Vom Rhein“ vor der Umwandlung der Konfessionsschule in Waghäusel: „Und wenn man wirklich kein Herz haben sollte für diese Schule, weiß man denn nicht, daß dann der Wallfahrtskirche wegen ein eigener Organist und Meßner wird unbedingt angestellt werden müssen, der wohl um 2/3 wird theurer zu stehen kommen, als der bisher fungierende?“
- 39 Pfälzer Bote, Nr. 83, 16. Juli 1868, S. 326–327, Korrespondenz aus Bruchsal, 12. Juli 1868.
- 40 Pfälzer Bote Nr. 99, 22. August 1868, Beilage.
- 41 Heidelberger Zeitung, Nr. 179, 1. Aug. 1868, S. 1, Aus Baden, 29. Juli.
- 42 Pfälzer Bote, Nr. 83, 16. Juli 1868, S. 326 und Nr. 87, 25. Juli 1868, S. 339, Korrespondenzen aus Bruchsal vom 12. und 23. Juli 1868. Die Heidelberger Zeitung, Nr. 162, 12. Juni 1868, 2. Seite, berichtet, dass die Abstimmung „Dank der Einsicht der meisten dortigen Einwohner ein so günstiges Resultat lieferte, daß die Einrichtung“ der gemischten Schule „in Bälde in Aussicht steht. Ehre dem dortigen Herrn Bürgermeister, der, durch die viele Mühe, die er anwandte dieses Resultat bezweckte und dadurch ein ehrendes Beispiel der Toleranz gab.“
- 43 Heinrich Holtzmann (1832–1910), 1861 a.o., 1865 o. Professor in Heidelberg, 1874–1904 in Straßburg, 1867–1870 in der II. Kammer für Heidelberg.
- 44 Heidelberger Zeitung, Nr. 162, 12. Juli 1868, 2. Seite. Pfälzer Bote, Nr. 87, 25. Juli 1868, S. 339 und Nr. 96, 15. Aug. 1868, S. 376.
- 45 Pfälzer Bote, Nr. 87, 25. Juli 1868, S. 339 und Nr. 92, 6. Aug. 1868, S. 359.
- 46 „Noch war das neue Schulgesetz nicht verkündet, so wurde schon in Kirchheim der erste Versuch hierzu veranlaßt und Hr. Bürgermeister, zugleich Bezirks- und Kreisrath Mambel hatte die Ehre, den ersten Durchfall erleiden zu dürfen, indem die beiden Confessionsgemeinden mit großer Majorität beschlossen, ihre Confessionsschulen auch in Zukunft behalten zu wollen.“ Pfälzer Bote, Nr. 96, 15. Aug. 1868, S. 376.
- 47 Pfälzer Bote, Nr. 96, 15. Aug. 1868, S. 376 und Nr. 92, 6. Aug. 1868, S. 359–360, Korrespondenz vom 2. Aug., wonach 27 Bürger gegen einen Artikel der Heidelberger Zeitung Nr. 174 vom 26. Juli 1868 protestierten, der eine gemischte Schule forderte. Der Artikel der Heidelberger Zeitung, datiert Wilhelmsfeld 23. Juli, schildert detailliert die Vorteile der gemischten Schule, insbesondere könnten die Kinder statt wie bisher in drei Klassen der evangelischen Schule und der katholischen Zwergschule täglich jeweils zwei Stunden, dann in vier Klassen drei Stunden täglich unterrichtet werden. Der Hirtenbrief hatte nach der Heidelberger Zeitung, Nr. 179, 1. Aug. 1868, 3. S. „eine mäßige und ruhige Fassung“.
- 48 Pfälzer Bote, Nr. 112 und 118, 22. Sept. und 6. Okt. 1868, S. 440 und S. 466. Die eckigen Klammern stehen im Original.
- 49 In der Heidelberger Zeitung, Nr. 245, 17. Okt. 1868, 3. S. werden 84 katholische Schüler angegeben, was wohl zutreffen wird.

- 50 Pfälzer Bote, Nr. 119, 6. Okt. 1868, S. 468; s.a. ebd. Nr. 124, 20. Okt., S. 488, wo steht, dass „die Herren Beck u. Cons. mit ihrem friedenstörenden Project einer Communschule wieder alles durcheinandergeworfen und Reibereien hervorgerufen haben, die wir in Interesse des Friedens unter allen Umständen hätten vermeiden mögen“.
- 51 Heidelberger Zeitung, Nr. 261, 5. Nov. 1868, 3. S., Neuenheim, 2. Nov.
- 52 „Rongeaner“ wurden die Deutschkatholiken nach Johannes Ronge, einem ihrer Gründer, genannt; Ronge hatte am 22.–23. Okt. 1865 in Heidelberg eine Versammlung einberufen; Keßler: Gemeinschaftsschule (wie Anm 7), S. 67–68 u. S. 76–77.
- 53 Die Chronik der Stadt Heidelberg berichtet: „Die von der strengkirchlichen und ultramontanen Partei mit dem Spottnamen ‚Auchkatholiken‘ belegten Anhänger der Regierung fangen an, sich nicht bloß selbst ‚Altkatholiken‘ zu nennen, sondern machen geltend, daß sie eigentlich die Repräsentanten des echten alten Katholizismus seien, während ihre Gegner mit Recht als ‚Neukatholiken‘ zu bezeichnen seien.“ Keßler: Gemeinschaftsschule (wie Anm. 7), S. 66.
- 54 Daniel Schenkel von 1851–1884 Prof., Direktor des Predigerseminars und Universitätsprediger in Heidelberg, wegen seines Liberalismus umstritten.
- 55 Pfälzer Bote, Nr. 135, 14. Nov. 1868, S. 583.
- 56 Pfälzer Bote, Nr. 13, 30. Jan. 1869, S. 48; Heidelberger Zeitung, Nr. 196, 20. Aug. 1868, 2. Seite, ebd. Nr. 22, 27. Jan. 1869, 1.–2. Seite und Nr. 25, 30. Jan. 1869, 1.–2. Seite.
- 57 Heidelberger Zeitung, Nr. 26, 31. Jan. 1869, 2. Seite, Mannheim, 29. Jan.
- 58 Heidelberger Zeitung, Nr. 22, 27. Jan. 1869, 3. Seite, Mannheim, 26. Jan.
- 59 Eduard Moll (1814–1896), Kaufmann, 1870–1894 Oberbürgermeister in Mannheim. Er setzte sich auf der Diözesansynode am 14. Okt. 1868 in Heidelberg für die Gemeinschaftsschule ein, siehe Bericht in der Heidelberger Zeitung, Nr. 244, 16. Okt. 1868, 2. Seite.
- 60 Pfälzer Bote, Nr. 14, 2. Feb. 1869, S. 52. Derartige antijüdische Spitzen sind nicht untypisch für diese Zeitung; die Gemeinschaftsschule wurde 1870 eröffnet.
- 61 Heidelberger Zeitung, Nr. 26, 31. Jan. 1869, 2. Seite, Karlsruhe, 29. Jan.
- 62 Pfälzer Bote, Nr. 25, 27. Feb. 1869, S. 96.
- 63 Heidelberger Zeitung, Nr. 50, 28. Feb. 1869, 1. Seite, Mannheim, 20. Febr.
- 64 Heidelberger Zeitung, Nr. 242, 14. Okt. 1868, 2. Seite, Heidelberg 13. Oct.
- 65 Heidelberger Zeitung, Nr. 243, 15. Okt. 1868, 3. Seite, Heidelberg, 14. Oct. und Nr. 244,
- 66 Heidelberger Zeitung, Nr. 42, 19. Feb. 1869, 1.–2. Seite, Heidelberg 18. Februar.
- 67 Heidelberger Zeitung, Nr. 48, 26. Feb. 1869, 1. Seite, Karlsruhe, 24. Febr. Ebd. Nr. 49, 27. Feb. 1869, 2.–3. Seite, Zur Schulfrage, steht: „Was aber der Hauptschulfond der katholischen Volksschule zu leisten hat, das muß er in die Kasse der gemischten Schule fortentrichten. Darüber läßt § 11 des Schulgesetzes keinen Zweifel.“
- 68 Heidelberger Zeitung, Nr. 41, 18. Feb. 1869, 1. Seite, Heidelberg, 16. Febr.
- 69 Heidelberger Zeitung, Nr. 48, 26. Feb. 1869, 2. Seite, Die gemischte Schule, „[...] Schon haben sich die Männer des katholischen Casino's zu einem Gegenschritt entschlossen.
- 70 Heidelberger Zeitung, Nr. 43, 20. Feb. 1869, 1. Seite, Heidelberg, 19. Febr.
- 71 Heidelberger Zeitung, Nr. 48, 26. Feb. 1869, 1. Seite, Heidelberg, 25. Febr.
- 72 Pfälzer Bote, Nr. 25, 27. Feb. 1869, S. 96.
- 73 StAH, UA 285, fasc. 1, S. 1–4; es folgen ca. 300 Unterschriften, dann S. 9–19 dieselbe Eingabe mit ca. 400 Unterschriften, und S. 21–23 dieselbe Eingabe mit 12 Unterschriften.
- 74 StAHD, UA 285, fasc. 1, S. 25–26; die Ortsschulräte sprachen sich einstimmig für die Gemeinschaftsschule aus, Heidelberger Zeitung, Nr. 76, 2. Apr. 1869, 2. Seite, Heidelberg 1. April.
- 75 StAH, UA 285, fasc. 1, S. 27.
- 76 Sohn von K. J. A. Mittermaier.
- 77 Franz Knauff (1835–1920), Arzt, seit 1867 a.o. Prof., 1868 außerdem Bezirksarzt, 1891 o. Prof. in Heidelberg, s. Drüll (wie Anm. 3), S. 140–141.
- 78 StAH, UA 285, fasc. 1, S. 29–32.
- 79 StAH, UA 285, fasc. 1, S. 33–57.
- 80 Keßler: Gemeinschaftsschule (wie Anm. 7; im Original: 1. Mai), S. 69; der Pfälzer Bote, Nr. 76, 3. Juli 1869, S. 297 beklagt in einer Korrespondenz „Heidelberg, 1. Juli“, „daß eine Menge Wahlberechtigter in der Liste nicht eingetragen waren“ und bringt als einziges Beispiel den protestantischen Rechtsanwalt Dr. Schulz, der als Katholik eingetragen war.

- 81 Heidelberger Zeitung, Nr. 95, 24. Apr. 1869, 3. Seite, München; ebd. Nr. 97, 27. Apr. 1869, 3. Seite, Döllinger über Ultramontanismus.
- 82 Pfälzer Bote, Nr. 52, 4. Mai 1869, S. 201.
- 83 StAH, UA 285, fasc. 1, S. 59–61, Druck ebd. S. 63; Keßler: Gemeinschaftsschule (wie Anm. 7), S. 69.
- 84 StAH, UA 285, fasc. 1, S. 67.
- 85 In Konstanz war von der katholischen Schulgemeinde der Antrag für die Gemeinschaftsschule am 18. Juli 1868 mit 324 gegen 48 Stimmen angenommen worden. Heidelberger Zeitung, Nr. 169, 20. Juli 1868, 2. Seite.
- 86 In der bayerischen Rheinpfalz gab es schon seit 1817 Ortsschulräte und gemischte Schulen.
- 87 StAH, UA 285, fasc. 1, S. 71–72, ein Entwurf ebd. S. 69–70; Heidelberger Zeitung, Nr. 142 und 143, 20. Juni (nochmals 21. Juni 1869) 1. Seite und zwei Leitartikel auf der 1. und 2. Seite, deren zweiter am 21. Juni beendet wurde.
- 88 Heidelberger Zeitung, Nr. 142, 21. Juni 1869, 8. Seite, wieder abgedruckt in Nr. 143 und 144, 22. Juni 1869, 5. Seite mit dem Vermerk „Die katholischen Einwohner“ vor den Unterschriften und 23. Juni als Beilage, 1. Seite; Keßler: Gemeinschaftsschule (wie Anm. 7), S. 69 mit Inhaltsangabe.
- 89 Heidelberger Zeitung, Nr. 144, 23. Juni 1869, 2. Seite, Heidelberg, 22. Juni.
- 90 Keßler: Gemeinschaftsschule (wie Anm. 7), S. 70 mit Inhaltsangabe; Heidelberger Zeitung, Nr. 124, 21. Juni 1869, 2. Seite, Heidelberg 20. Juni, wo die Inhaltsangabe mit einem bissigen Kommentar endet mit dem Motto „Nicht die Religion ist in Gefahr, sondern Eurer maßlosen Herrschsucht droht eine empfindliche Niederlage.“
- 91 Heidelberger Zeitung, Nr. 144, 23. Juni 1869, 1. Seite.
- 92 Keßler: Gemeinschaftsschule (wie Anm. 7), S. 71; Heidelberger Zeitung, Nr. 144, 23. Juni 1869, 2. Seite, Heidelberg 22. Juni. Hier wird wieder behauptet, „daß bei Einführung einer Mischschule die bisherigen Beiträge aus kathol. Kirchenmitteln für die Schule derselben entzogen werden.“ Die Antwort ist: „Dies ist un wahr! In ähnlichen Verhältnissen ist längst entschieden worden, die Stiftung bleibt ihrem Zweck erhalten, sie mag herkommen, wo sie will.“
- 93 Pfälzer Bote, Nr. 79, 10. Juli 1869, S. 311, Heidelberg, 8. Juli, Keßler: Gemeinschaftsschule (wie Anm. 7), S. 71.
- 94 Heidelberger Zeitung, Nr. 145, 24. Juni 1869, 1. Seite, Heidelberg 23. Juni.
- 95 Heidelberger Zeitung, Nr. 145, 23. Juni 1869, Extrablatt der „Heidelberger Zeitung“, weitgehend wörtlich in die Stadtchronik übernommen; Keßler: Gemeinschaftsschule (wie Anm. 7), S. 70–71, mit Bericht S. 71–73.
- 96 Nikolaus Friedreich (1826–1882), 1857 a.o. Prof. in Würzburg, 1858 o. Prof. und Direktor der Med. Universitätsklinik in Heidelberg.
- 97 Keßler: Gemeinschaftsschule (wie Anm. 7), S. 72 nach der Heidelberger Stadtchronik.
- 98 Der Herausgeber der Heidelberger Zeitung hieß Adolph Emmerling.
- 99 Heinrich von Treitschke (1834–1896), Historiker und Politiker, 1867 als Nachfolger von Ludwig Häusser nach Heidelberg berufen, kleindeutsch-preußisch gesinnt.
- 100 Pfälzer Bote, Nr. 74, 27. Juni 1869, S. 291–292.
- 101 Pfälzer Bote, Nr. 76, 3. Juli 1869, S. 297. Die Heidelberger Zeitung, Nr. 153, 3. Juli 1869, 1. Seite.
- 102 Gemeint sind die Badische Landeszeitung und der Herausgeber der Heidelberger Zeitung Emmerling.
- 103 Dieses Schlagwort scheint der Bruchsaler Gymnasiallehrer Seidenabel gebraucht zu haben.
- 104 Franz August Beck und „Mehrere Katholiken“ hatten zu Pfingsten in der Badischen Landeszeitung, Nr. 113, S. 1–2 vom 16. Mai 1869 den Aufruf erlassen; Keßler: Amtsrichter Beck (wie Anm. 29), S. 85–89.
- 105 Gemeint sind Amtsrichter F. A. Beck und Josef Beck.
- 106 Johann Adam Möhler (1796–1838), Professor in Tübingen.
- 107 Bis ins 19. Jhd. wurden in der Baderchirurgie künstliche Wunden, sog. Fontanellen, mit Haaren o.ä. offen gehalten, so daß sie eiterten und der Körper dadurch Gifte aussondern sollte.
- 108 Pfälzer Bote, Nr. 76, 3. Juli 1869, S. 297–298.
- 109 Heidelberger Zeitung, Nr. 144, 23. Juni 1869, 2.–3. Seite, Heidelberg 22. Juni; ebd. Nr. 145, 24. Juni 1869, 1. Seite; die Abstimmungszeit wurde wegen der großen Beteiligung verlängert.
- 110 Heidelberger Zeitung, Nr. 145, 24. Juni 1869, 1. Seite, Heidelberg, 23. Juni, wo von der „tiefen

- Erregtheit“ der Bevölkerung und von „Jubelrufen im Vorgefühl des Sieges“ berichtet wird.
- 111 Heidelberger Zeitung, Nr. 146, 25. Juni 1869, 1. Seite, Im Sieg, übernommen in die Stadtchronik; Keßler: Gemeinschaftsschule (wie Anm. 7), S. 73–74. Der Hinweis auf den Willen des Volkes ist eine Spitze gegen die „Katholische Volkspartei“ von J. Lindau, die mit dem Argument Propaganda machte, die badischen indirekten Wahlen drückten nicht den Willen des Volkes aus.
 - 112 Heidelberger Zeitung, Nr. 146, 25. Juni 1869, 1.–2. Seite, Heidelberg, 24. Juni; Keßler: Gemeinschaftsschule (wie Anm. 7), S. 74.
 - 113 Heidelberger Zeitung, Nr. 146, 25. Juni 1869, 4. Seite.
 - 114 Heidelberger Zeitung, Nr. 152, 2. Juli 1869, 4. Seite.
 - 115 StAH, UA 285, fasc. 1, S. 73.
 - 116 Heidelberger Zeitung, Nr. 155, 5. Juli 1869, 4. Seite.
 - 117 StAH, UA 285, fasc. 1, S. 75–76.
 - 118 StAH, UA 265, fasc. 2, 13. Juli 1869.
 - 119 StAH, UA 265, fasc. 2, 27. Sept. 1869.
 - 120 StAH, UA 265, fasc. 2, 6. Okt. 1869.
 - 121 StAH, UA 265, fasc. 2, 20. Okt. 1869, 2. und 3. Dez. 1869, 28. Okt. 1871, 10. Aug. 1874; der kath. Stadtpfarrer Wilms weigerte sich, das Zirkular vom 2. Dez. 1869 mit der Wahlbenachrichtigung zu unterzeichnen. Friedrich Eisenlohr (1831–1904), Prof. für Mathematik und Physik, Stadtrat in Heidelberg.
 - 122 StAH, UA 285, fasc. 1, S. 79–81.
 - 123 StAH, UA 285, fasc. 1, S. 95–98.
 - 124 StAH, UA 285, fasc. 1, S. 99–101.
 - 125 StAH, UA 285, fasc. 1, S. 102.
 - 126 StAH, UA 285, fasc. 1, S. 117–119 und S. 121–122; in der Akte folgen spätere Statistiken über Lehrerstunden, Schülerzahlen, Anzahl der Klassen und ein gedruckter Lehrplan.
 - 127 Abgedruckt in Johann Friedrich von Schulte: Der Altkatholizismus, Giessen 1887, S. 42–43 mit Ausführungsverordnung S. 43–44; Ewald Keßler: Alt-Katholizismus, in: Klaus Bümlein u.a (Hgg.), Kirchengeschichte am Oberrhein – ökumenisch und grenzüberschreitend, Ub-stadt-Weiher 2013, S. 187–191.

Gasthaus „Zum Roten Ochsen“ Heidelberg

Historisches Studentenlokal in 6. Generation im Besitz der Familie Spengel



Hauptstraße 217
69117 Heidelberg
Tel.: 06221 20977
info@roterochsen.de

www.roterochsen.de

